

# Kritik an den „Etablierten“

## Infoveranstaltung von „Gegenwind Kreis Olpe“ in Oberveischede

Oberveischede.

Die Informationsveranstaltung von „Gegenwind Kreis Olpe“, dem Zusammenschluss der Initiativen gegen Windkraft im Kreis Olpe, in der Schützenhalle Oberveischede stieß auf „reges Interesse aus der Bevölkerung“. Das erklärte „Gegenwind“ in einer Pressemitteilung.

Demnach stellten die Referenten zu den drei Themen „Technische Machbarkeit und Wirtschaftlichkeit“, „Wertverluste von Immobilien“ und „Verlorene Heimat Hunsrück“ Gründe gegen den weiteren Ausbau der Windkraft vor.

Dr.-Ing. Detlef Ahlborn konnte laut den Veranstaltern „mit seiner technisch-physikalischen Darstellung den Wahnsinn Windkraft komplett widerlegen.“ Wie immer wieder von den Windkraftgegnern dargelegt, sei eine Stromversorgung in Deutschland durch alternative Energien derzeit technisch unmöglich. Im Gegenteil: Jede neu hinzugebaute Windenergieanlage belastet das Stromnetz enorm, der elektrische Blackout stehe bevor, wenn nicht gegengelenkt werde. Eine sogenannte „Glättung“ der Einspeisung durch den Bau weiterer Windkraftanlagen mit großräumlicher Verteilung sei unmöglich, da durch die zentraleuropäischen Großwetterlagen lediglich die Stromspitzen noch höher werden.

Der Diplom-Wirtschaftsinformatiker Christian Holm analysierte Immobilienverluste, „die uns alle betreffen werden“. Wertverluste von 30



Im Anschluss an die Vorträge standen Politiker für eine Podiumsdiskussion zur Verfügung.

Prozent bis hin zur Unverkäuflichkeit von Immobilien in direkter Nähe von Windenergieanlagen sind nach seiner Aussage „heute schon Realität“. In Dänemark erhielten die Immobilienbesitzer in der Nähe von Windindustrieanlagen eine staatlich individuell festgelegte Entschädigung für den Wertverlust ihrer Immobilie. „In Deutschland wird von den Windkraftlobbyisten der Wertverlust vehement bestritten“, so der Referent. Als abschließende Referentin machte Sylke Müller-Althausen ihrem Herzen Luft, indem sie über eigene Erfahrungen mit dem Vortrag „Windkraft im Hunsrück – Das Ende einer Landschaft“ berichtete. Als Mitglied der „Naturschutz-Initiative“ beschrieb sie die Auswirkungen der Windindustrie auf Fauna und Flora. Sie sprach vom „Verlust ihrer Heimat“ und von einer „gespaltenen Gesellschaft“ im Soonwald. Die gezielte Tötung von artenschutzgefährdeten Tieren im großen Stil sei „nach wie vor Normalität“ und werde „per

Gesetzesanpassungen geduldet“. Zur Verdeutlichung zeigte sie „Vorher-Nachher“-Fotos von Orten im Hunsrück oder dem Blick aus ihrem Küchenfenster.

In der anschließenden Podiumsdiskussion wurden Fragen aus dem Publikum von den anwesenden Politikern der UWG, von Bündnis 90/Die Grünen, der FDP, der Piraten und von ALFA Dialog beantwortet. Das anwesende Publikum äußerte laut Veranstalter sein Unverständnis, dass die etablierten Parteien keinen Diskussionspartner zur Verfügung stellten. Bei einem so weitreichenden Thema war diese Enttäuschung nachvollziehbar.

Christian Holm berichtete, dass aus der Bürgerinitiative „N.o.W.“ (Naturpark ohne Windräder) die Bürgerliste „b-now“ entstand. Sie wurde bei der Hessischen Gemeindevahl im März auf Anhieb mit 27 Prozent in den Gemeinderat von Neu-Anspach gewählt. Heute setzt sie als etablierte Mittlerweile hat sie mit 62 Prozent Zustimmung den

weiteren Ausbau der Windkraft in der Region verhindert. Gegenwind Kreis Olpe kann sich vorstellen, „dass dieses Modell auch in NRW bei der nächsten Kommunalwahl Schule macht“. Ein weiterer Austausch mit „b-now“ wurde an dem Abend vereinbart.

Die Mitglieder von Gegenwind sind sich einig: „Wenn Politiker meinen, Bürgerengagement zu gesellschaftspolitischen Themen wie zum Beispiel zur Energiewende beachtet zu werden, der muss sich nicht über unerwartete Wahlausgänge wie beim Brexit und in den USA wundern. Dieses Verhalten der Politik wirkt auf uns Bürger abgehoben und fügt der Demokratie Schaden zu.“

Daher fordert Christof Gerhard, Vorsitzender der BI Rehringhauser Berge: „Die heimischen Politiker sollten sich darauf besinnen, die Belange der Wähler vor Ort und deren Auftrag zu vertreten und durchzusetzen. Die politischen Forderungen aus Berlin und Düsseldorf dürfen nicht pauschalisiert durchgesetzt werden, auch wenn das von der dortigen Obrigkeit gern gesehen wird. Damit werden erhebliche Mandatsverluste riskiert; es entwickelt sich immer mehr eine Protestwählerschaft.“

„Gegenwind Kreis Olpe“ will weiterhin das Gespräch mit lokalen und regionalen Politikern suchen und seine Argumente vortragen. Die Ehrenamtlichen hätten sich jedoch „gewünscht, dass die Überzeugungskraft der drei Gastreferenten des Abends ihre Wirkung vor mehr Politikern hätte entfalten können.“